

2 Theoretische Perspektive, begriffsdefinitorischer Teil, institutionelles Setting

Die „klassischen“ Theorieansätze der europäischen Integration wie beispielsweise der Neo-Funktionalismus oder Föderalismus erheben den Anspruch, das Entstehen intergouvernementaler und supranationaler Kooperationsstrukturen zu erklären. Sie analysieren die Gründe, warum souveräne Nationalstaaten in einigen Bereichen enger und in anderen weniger eng miteinander kooperieren und dabei in unterschiedlichem Ausmaß auch Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen übertragen. Mit dem voranschreitenden Prozess der Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration und der politikwissenschaftlichen Analyse von Rückwirkungen dieses Prozesses auf die Nationalstaaten hat dieses Theorieangebot an Erklärungskraft verloren. Diese Theorien können die EU als sich stets weiterentwickelndes komplexes Gebilde sui generis offensichtlich nicht mehr ausreichend erfassen.⁵⁴ Für die vorliegenden Fragestellungen müssen daher komplementär zueinander stehende Analyseansätze nutzbar gemacht werden, um eine theoriegeleitete Erklärung für das beobachtete politikfeldspezifische Verhalten von Landesregierung und Landtagsfraktionen zu ermöglichen. Zunächst wird jedoch das dieser Analyse zugrunde liegende Begriffsverständnis von Energie- und Klimaschutzpolitik verdeutlicht.

2.1 Begriffsbestimmung: Energiepolitik und Klimaschutzpolitik

Klimaschutzpolitik wird von der Politik und der Politikwissenschaft in Europa erst seit einigen Jahren als eher eigenständiger Politikbereich betrachtet. Vorher rechnete man Klimaschutzpolitik vielmehr der internationalen bzw. globalen

54 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.) 2012: Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden und Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.) 2009: European Integration Theory, 2. Aufl., Oxford und Rosamond, Ben 2000: Theories of European Integration, Houndmills/London und Holzinger, Katharina u. a. 2005: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Paderborn u. a. und Grimmel, Andreas/Jakobeit, Cord (Hrsg.) 2009: Politische Theorien der Europäischen Integration. Ein Text- und Lehrbuch, Wiesbaden und Knodt, Michèle/Corcaci, Andreas 2012: Europäische Integration. Anleitung zur theoriegeleiteten Analyse, Konstanz/München.

Umweltpolitik zu. Es ist zwar nach wie vor richtig, dass Klimaschutzpolitik global ausgerichtet ist bzw. ausgerichtet sein muss, jedoch erhält Klimaschutzpolitik zunehmend eine weitaus größere europäische und nationale Dimension: Zum einen sind auf europäischer und nationaler Ebene zahlreiche konkrete klimaschutzpolitische gesetzliche Regelungen (z. B. Erneuerbare-Energien-Gesetz), Maßnahmen (z. B. Förderprogramme wie die nationale Klimaschutzinitiative) und Instrumente (z. B. EU-weiter Handel mit Emissionszertifikaten) in ganz verschiedenen Politikbereichen entstanden. Zum anderen gehören zur Klimaschutzpolitik heute nicht nur die Bemühungen zur Vermeidung bzw. Verringerung des Klimawandels (u. a. durch die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen, durch die Förderung ihrer natürlichen Aufnahme und durch die technologische Entwicklung der Speicherung von Kohlendioxid), sondern auch Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels (z. B. Deichbau an Flüssen und Küsten). Zudem gerät Klimaschutzpolitik zunehmend in Zielkonflikte mit anderen Zielen der nationalen Umweltpolitik, was die anhaltenden Diskussionen um den Neubau und den Ausbau der deutschen Windkraftanlagen sowohl Onshore als auch Offshore und der damit verbundene Ausbau der deutschen Netze verdeutlicht.

Die Verbindung aus Energiepolitik und Klimaschutzpolitik ist immer dann gegeben, wenn es erstens in der Energiepolitik und in der energiepolitischen Debatte primär darum geht, bei der Energiegewinnung und beim Energieverbrauch die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren. Dies beispielsweise durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (u. a. durch die Steigerung der Wirkungsgrade von Kraftwerken, die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung oder die Förderung von energieeffizienten Anlagen in der Industrie) oder durch die wirtschaftliche und politische Begünstigung CO₂-armer Energieträger (u. a. Uran, Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Sonnenlicht, Windkraft, Erdgas) oder CO₂-intensiver Energieträger (v. a. Braunkohle und Steinkohle) im Land. Und wenn es zweitens zu Zielkonflikten in der Energie- und Klimaschutzpolitik kommt. Diese Zielkonflikte könnten beispielsweise in dem energiepolitischen Ziel der Gewährleistung von Energieversorgungssicherheit durch eine wirtschaftliche und politische Unterstützung von heimischen CO₂-intensiven fossilen Energieträgern liegen, die aus Gründen des Klimaschutzes sehr problematisch sind. Die vorliegende Arbeit basiert zum einen auf diesem Verständnis von Energie- und Klimaschutzpolitik. Zum anderen werden unter Energie- und Klimaschutzpolitik auch die Positionen und Strategien für die Teilnahme und die Einflussnahme an politikfeldspezifischen Politikprozessen der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung verstanden.

2.2 Multi-Level-Governance und Liberaler Intergouvernementalismus

Die folgende Ausführung von Rudolf Hrbek zum Konzept von „European Multi-Level Governance“ belegt, warum diese akteurzentrierte Perspektive für die vorliegenden Forschungsfragen einzubeziehen ist:

„When dealing with politics and decision-making in the EU system, the term and concept of ‘multi-level governance (MLG)’ plays a dominant role. ‘Governance’ is on how decisions are being shaped and taken; with an emphasis on a pattern in which public and private actors are involved, in which we find interactive (and non hierarchical) and informal forms of communication, in which negotiations (instead of simple majority-type decisions) with a tendency towards consensual decisions play a prominent role. Applied to the EU system the term MLG refers its multi-level structure. Parliaments as institutional ‘public’ actors are embedded in this pattern and deserve to be taken into account.“⁵⁵

Das wissenschaftliche Konzept „Multi-Level Governance“ eröffnet insbesondere deshalb einen Beitrag für die theoretische Perspektive der vorliegenden Arbeit, weil hier nicht das klassische Verständnis von Regierungshandeln als einer hierarchisch angelegten staatlichen Steuerung und von einem intergouvernementalem Verhandlungsregime auf europäischer Ebene zugrunde gelegt wird, sondern weil die Europäische Union als eigenständiges auf breite Mitwirkung angelegtes politisches System mit einem formellen und informellen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in einer eng verflochtenen Mehrebenenstruktur mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren betrachtet wird. Im Mittelpunkt der Analyse steht hier der Prozess der Meinungsäußerung, der Beratung und der Entscheidung und die jeweilige Rolle der intergouvernementalen, supranationalen, nationalen und subnationalen Akteure in der gesamten Europäischen Union.⁵⁶ Wissenschaftler dieser Forschungs- und Denkrichtung beschreiben dieses spezielle europäische System *sui generis* auch als „Verflechtungssystem“, als

55 Hrbek, Rudolf 2010: Parliaments in EU Multi-Level Governance. In: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Legislatures in Federal Systems and Multi-Level Governance, Baden-Baden, S. 136-150, hier S. 137.

56 Vgl. Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Blank, Kermit 1996: European Integration since the 1980s: State-Centric vs. Multi-level Governance. In: Journal of Common Market Studies 34: 3, S. 341-378 und Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate 2010: Governance in der Europäischen Union. In: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 69-92 und Knodt, Michèle/Große Hüttmann, Martin 2012: Der Multi-Level Governance-Ansatz. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 187-206.

„Verhandlungssystem“ und als „Mehrebenensystem.“⁵⁷ In diesem europäischen Mehrebenensystem gibt es neue Formen der politischen Koordinierung und Kooperation, was Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank wie folgt auf den Punkt bringen:

„In short, the locus of political control has changed. Individual state sovereignty is diluted in the EU by collective decision-making among national governments and by the autonomous role of the European Parliament, the European Commission, and the European Court of Justice.“⁵⁸

Markus Jachtenfuchs beschreibt dieses System wie folgt:

„Regiert wird nicht nur von der Regierung, also idealtypisch der Spitze einer Hierarchie, sondern auch von anderen Akteuren, die in einem nicht-hierarchischen Verhältnis zueinander stehen.“⁵⁹

Die Europäische Kommission beispielsweise wird hier also nicht nur als bloßer Ausführungsgehilfe der Nationalstaaten gesehen, so wie beim Intergouvernementalismus, sondern als „Motor der Integration“⁶⁰, als ein eigenständiger zentraler Akteur, der die politische Agenda wesentlich mitbestimmen kann und bei der Erarbeitung von Integrationskonzepten und Gesetzesvorlagen eine zentrale Rolle einnimmt. Deshalb ist die Europäische Kommission als ein zentraler Ansprechpartner für alle Akteure im Politikprozess der Meinungsbildung, Beratung und Entscheidung im europäischen Mehrebenensystem zu betrachten.⁶¹ Auch das Europäische Parlament hat im Laufe des europäischen Integrationsprozesses an Kompetenz und an Einfluss gewonnen, insbesondere durch die Aufwertung des Mitentscheidungsverfahrens zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und

57 Vgl. u. a. Tömmel, Ingeborg 2008: Das politische System der EU, 3. Aufl., München, S. 253-264.

58 Marks/Hooghe/Blank 1996, S. 342.

59 Jachtenfuchs, Markus 2003: Regieren jenseits der Staatlichkeit. In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 495-518, hier S. 495.

60 Dieser Begriff ist ein in der politikwissenschaftlichen Literatur oftmals verwendeter im Hinblick auf die Rolle der Europäischen Kommission im europäischen Integrationsprozess. Er wurde nicht vom Verfasser hervorgebracht.

61 Vgl. Grimmel/Jakobeit 2009, S. 321-322. Für die Rolle und Funktionen der Europäischen Kommission siehe u. a.: Nugent, Neil 2001: The European Commission, Houndmills und Nugent, Neil 2010: The Government and Politics of the European Union, 7. Aufl., Houndmills, S. 105-138 und Tömmel 2008, S. 63-69 und S. 107-113 und Wessels, Wolfgang 2008: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden, S. 225-256.

durch dessen Ausdehnung auf weitere Politikbereiche im Lissabon-Vertrag.⁶² Michèle Knodt weist darauf hin, dass sich in einem derartigen System die deutschen Länder neu ausrichten müssen:

„Wollen die Länder als subnationale staatliche Einheiten ihre politische Steuerungsfähigkeit sichern bzw. teilweise wiedererlangen, so sind sie gezwungen, sich auf die Interaktion mit den verschiedenen Ebenen des europäischen Systems einzulassen.“⁶³

Dennoch darf die Rolle der Nationalstaaten bzw. die Rolle der zentralstaatlichen Regierungen auf europäischer Ebene durch den Begriff „Governance“ nicht völlig unterminiert werden. Der Liberale Intergouvernementalismus verweist auf die wichtige (zentrale) Rolle der auf der europäischen Ebene verhandelnden Regierungen der Nationalstaaten, dessen Positionen und Verhalten vom innerstaatlichen Meinungs-, Interessen- und Präferenzbildungsprozess bestimmt werden.⁶⁴ Andrew Moravcsik formuliert diese Perspektive wie folgt:

„(...) Governments are assumed to act purposively in the international arena, but on the basis of goals that are defined domestically. (...) The foreign policy goals of national governments are viewed as varying in response to shifting pressure from domestic social groups, whose preferences are aggregated through political institutions. National interests are, therefore, neither invariant nor unimportant, but emerge through domestic political conflict as societal groups compete for political influence, national and transnational coalitions form, and new policy alternatives are recognized by governments. An understanding of domestic politics is a precondition for, not a supplement to, the analysis of strategic interaction among states.“⁶⁵

62 Vgl. Leinen, Jo 2010: Das Europäische Parlament und der Vertrag von Lissabon. In: Leiß, Olaf (Hrsg.): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Wiesbaden, S. 97-113 und Abels, Gabriele/Eppler, Annegret 2011b: Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? In: Abels, Gabriele/Eppler, Annegret (Hrsg.): Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktionen von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden, S. 17-40, hier S. 22-23 und Maurer, Andreas 2010: Parlamente in der EU, Wien, S. 52-167.

63 Knodt, Michèle 2000: Europäisierung á la Sinatra: Deutsche Länder im europäischen Mehrebenensystem. In: Knodt, Michèle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung, Frankfurt/Main, S. 237-264, hier S. 238.

64 Vgl. Steinhilber, Jochen 2012: Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 141-163 und Grimmell/Jakobeit 2009, S. 161-224.

65 Moravcsik, Andrew 1993: Preferences and Power in the European Community – A Liberal Intergouvernementalism Approach. In: Journal of Common Market Studies 31: 4, S. 473-524, hier S. 481.

Mit anderen Worten: Die Meinungen und Interessen innerstaatlicher Akteure können die Position und die Politik der nationalen Regierungen bestimmen, die für den Verhandlungsprozess auf europäischer Ebene zentral sind.

Die für die vorliegende Analyse relevanten zentralen Prämissen dieser theoretischen Perspektiven lauten:

- Beim Politikprozess der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung sowie bei der Implementation gibt es keine klare hierarchische Trennung der subnationalen, nationalen und supranationalen Ebene. Vielmehr sind die Ebenen ineinander greifende Handlungssysteme, bei der eine bestimmte Materie der europäischen Politik nicht nur auf einer politischen Ebene behandelt wird, sondern gleichzeitig Ebenen übergreifend. Daher können und sollten - müssen aber nicht zwangsläufig - die deutschen Landesregierungen und die deutschen Landesparlamente mit ihren Fraktionen und Abgeordneten nicht nur bei der Implementierung, sondern genauso beim Politikprozess der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung im europäischen Mehrebenensystem - also auch auf der bundesdeutschen und europäischen Ebene - mehr oder weniger relevante Akteure sein, um nicht bedeutungslos zu werden.
- Die nationalen Regierungen spielen zwar nach wie vor eine zentrale Rolle im europäischen Mehrebenensystem, insbesondere beim Verhandlungsprozess auf europäischer Ebene, aber nicht die alles entscheidende. Vielmehr sind die Kompetenzen auf verschiedene Ebenen verteilt und werden von mehreren Akteuren, die netzwerkartig über mehrere Ebenen miteinander verbunden sein können, ausgeübt. Verschiedene subnationale, nationale und europäische Akteure, insbesondere supranationale wie die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament, spielen eine zunehmend wichtige Rolle beim Politikprozess der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung im europäischen Mehrebenensystem. Daher sind sie für deutsche Landesregierungen und deutsche Parlamente neben der Bundesregierung wichtige Akteure, u. a. um Einfluss auf den Politikprozess auszuüben, Informationen einzuholen und Kooperationen einzugehen.
- Im gesamten Netzwerk des Mehrebenensystems bieten sich für Akteure Koalitionsmöglichkeiten mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren an, was den Akteuren wie den deutschen Landesregierungen und den deutschen Parlamenten zusätzliche strategische Möglichkeiten für die Teilnahme an Politikprozessen der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung ermöglicht.
- Aufgrund des besonderen Charakters ist das „Mitregieren“ im europäischen Mehrebenensystem für die Akteure ressourcenintensiv. Daher können Eu-

ropean-Governance-Prozesse von einigen wenigen Akteuren dominiert werden, wenn sie – je nach eigener Ressourcenlage – ihren Einfluss bei Politikprozessen der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung geltend machen. Für die deutschen Landesregierungen und die deutschen Parlamente bedeutet dies, dass sie nicht nur gezwungen werden, sich auf Interaktionen auf den verschiedenen Ebenen einzulassen, sondern auch, dass sie die dafür notwendigen Ressourcen aufbringen müssen und auch aufbringen wollen, um ihre Teilnahme an Politikprozessen im europäischen Mehrebenensystem zu ermöglichen.

- Da europäische Entscheidungen zunehmend mehrheitlich gefällt werden, produziert das - zwar auf Konsens ausgerichtete - europäische Mehrebenensystem auch Gewinner und Verlierer. Dies bedeutet für ein deutsches Land, dass Verluste für dieses Land durch auf europäischer Ebene gefällte Entscheidungen auch dann möglich sind, wenn die Bundesregierung eigentlich die Interessen dieses deutsche Land im europäischen Politikprozess vertreten hat.

2.3 Europäisierung

In den letzten Jahren entwickelte sich zunehmend ein Forschungsparadigma, das die Rückwirkungen, Auswirkungen und die sich ggf. daraus ergebenden Herausforderungen der europäischen Integration auf die Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten der EU in den Fokus des Interesses rückt: die Europäisierungsforschung. Sie analysiert u. a. die Europäisierung von Politikfeldern, von politischen Akteuren, von politischen Institutionen, von politischen Parteien, von Interessengruppen, Ressourcen, Diskursen, Normen sowie von Prozessen der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung.⁶⁶

Die vorliegende Arbeit kann zumindest teilweise im Bereich dieser Europäisierungsforschung verortet werden, weil u. a. der Frage nachgegangen wird, welche Rückwirkungen, Auswirkungen und Herausforderungen die Ent-

66 Vgl. u. a.: Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver 2007: Europäisierung - ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen. In: Politische Vierteljahresschrift 28: 1, S. 136-149 und Sturm, Roland/Pehle, Heinrich 2012: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Wiesbaden und Beichelt, Timm 2009: Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems, Wiesbaden und Auel, Katrin 2012: Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 247-269 und Knodt, Michéle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) 2000: Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung, Frankfurt/Main.

wicklungen in der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik mit dem Fokus auf den Politikprozess der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung zum „Europäische Energie- und Klimapakete“ auf die Landesregierung und die Landtagsfraktionen hatten.

Der Forschungsansatz und der Begriff Europäisierung werden in der Politikwissenschaft aber nicht systematisch und einheitlich angewandt, weshalb bereits im Jahre 2002 Johan P. Olsen von „The Many Faces of Europeanization“ sprach.⁶⁷ Einen guten Überblick über die verschiedenen Forschungsmöglichkeiten in diesem Bereich bietet Christoph Knill.⁶⁸ Mittlerweile hat die Politikwissenschaft eine Fülle von Definitionen erarbeitet, die dabei helfen, auch das Konzept der Europäisierung als analytischen Rahmen für die vorliegende Arbeit nutzbar zu machen. Im Folgenden werden einige prominente Definitionen aus der politikwissenschaftlichen Literatur aufgezeigt, die erstens verdeutlichen, dass es bei dem Konzept der Europäisierung um Rückwirkungen und Auswirkungen auf die nationale und subnationale Ebene geht, die aus dem Prozess der europäischen Integration in unterschiedlichem Ausmaße resultieren oder zumindest resultieren könnten und die zweitens das Verständnis der vorliegenden Arbeit von Europäisierung verdeutlichen sollen: Grundsätzlich wird Europäisierung in der vorliegenden Analyse verstanden als eine Vertiefung der europäischen Integration im Bereich der Energie- und Klimaschutzpolitik und als energie- und klimapolitisches „Mehr an Europa“ für das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen. Europäisierung bedeutet in diesem Kontext, dass Politikprozesse der Meinungsäußerung, Beratung und Entscheidung zunehmend unter dem Einfluss der europäischen Integration und unter dem Einfluss von Politikprozessen im europäischen Mehrebenensystem stattfinden und dass die landespolitischen Akteure irgendwie darauf reagieren müssen oder zumindest aus normativer Betrachtungsweise heraus reagieren sollten. Bereits 1994 hatte Robert Ladrech eine brauchbare Definition von Europäisierung angeboten:

„Europeanization is an incremental process of reorientating the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making.“⁶⁹

67 Vgl. Olsen, Johan P. 2002: The Many Faces of Europeanization. In: Journal of Common Market Studies 40: 5, S. 921-952.

68 Vgl. Knill, Christoph 2005: Die EU und die Mitgliedstaaten. In: Holzinger, Katharina u. a.: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Paderborn u. a., S. 153-180.

69 Ladrech, Robert 1994: Europeanisation of domestic politics and institutions: the case of France. In: Journal of Common Market Studies 32: 1, S. 69-88, hier S. 69.

Maarten P. Vink bringt dieses Verständnis von Europäisierung wie folgt auf den Punkt:

„Europeanization is always (to a certain extent) a process of domestic political change caused (somehow) by process of European Integration.“⁷⁰

Das von Claudio M. Radaelli erweiterte Verständnis lautet:

„Europeanisation consists of processes of a) construction, b) diffusion and c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’, and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures and public policies.“⁷¹

Angelehnt an Beate Kohler-Koch kann Europäisierung auch verstanden werden als:

„die Erweiterung des Wahrnehmungshorizonts und des politischen Handlungsraumes um die europäische Dimension.“⁷²

Seine Erklärungskraft hat der Europäisierungsansatz insbesondere durch die Klassifikation und Messung des Ausmaßes von Europäisierung erhalten. Tanja Börzel und Thomas Risse unterscheiden hier zwischen „Absorption“, „Accommodation“ und „Transformation“. Bei Absorption und Accommodation erfährt der Mitgliedsstaat keine wesentlichen Änderungsprozesse, während bei Transformation u. a. traditionelle Politiken und Strukturen durch europäische verändert oder gegebenenfalls ersetzt werden.⁷³ Unter Berücksichtigung der Möglichkeit, dass Europäisierung auch keinerlei Veränderungen oder sogar eine abnehmende Europäisierung in den Nationalstaaten hervorrufen könnte, unter-

70 Vink, Maarten P. 2003: What is Europeanisation? And other questions on a new research agenda. In: *European Political Science* 3: 1, S. 63-74, hier S. 72.

71 Radaelli, Claudio M. 2003: The Europeanization of Public Policy. In: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio M. (Hrsg.): *The Politics of Europeanization*, Oxford, S. 27-56, hier S. 30.

72 Kohler-Koch, Beate 2000: Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Knodt, Michéle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt/Main, S. 11-31, hier S. 22.

73 Vgl. Börzel, Tanja A./Risse, Thomas 2000: When Europe hits home: Europeanization and domestic change. In: *European Integration Online Papers* 15: 4. <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2000-015.pdf>. Zugegriffen: 16.01.2013, S. 10-11.

scheidet Claudio M. Radaelli zwischen „Retrenchment“, „Inertia“, „Absorption“ und „Transformation“.⁷⁴

Dieses Verständnis von Europäisierung richtet zwangsläufig die Frage auf die Art und Weise, den Grund und den Umfang einer (fehlenden) europabezogenen Ausrichtung von (sub)nationalen und landespolitischen Akteuren. Als zentrale Erklärungsgröße für den durch die europäische Integration bedingten Wandel (oder auch Nicht-Wandel) auf nationaler Ebene sieht die in der EU-Implementationsforschung aufgestellte Misfit-These das Ausmaß der Kompatibilität zwischen europäischen Vorgaben und bestehenden nationalen Gegebenheiten. Die These lautet: Je geringer das Ausmaß der Kompatibilität ist, desto größer ist der Anpassungsbedarf bei den nationalen Gegebenheiten.⁷⁵ Timm Beichelt weist in diesem Kontext darauf hin, dass „das Ausmaß des Veränderungsdrucks nicht nur von der EU-Ebene ausgeht, sondern zusätzlich, und vielleicht sogar entscheidend, von innerstaatlichen Gegebenheiten abhängt.“⁷⁶ Das Misfit-Modell werde dann einschlägig, wenn politische Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht nur getroffen, sondern auch vorbereitet werden würden. Erst dann sei die Notwendigkeit eines Anpassungsprozesses an die EU-Ebene plausibel. In der Umweltpolitik oder in der Klimapolitik zeichne sich ab den 1990er Jahren eine rasche Expansion, Vertiefung und Institutionalisierung des europäischen Policy-Making ab. Folglich seien Entscheidungsrechte transferiert worden, bevor sich die nationalen Systeme und ihre Öffentlichkeiten darauf hätten einstellen können, so Timm Beichelt.⁷⁷

Die für die vorliegende Analyse relevanten zentralen Prämissen dieses Konzepts lauten:

- Es können u. a. Politikfelder, Akteure, Institutionen, Politikprozesse, Strukturen, Einstellungen und Meinungen, Identitäten, Werte und Normen sowohl auf der subnationalen als auch auf der nationalen Ebene eine unterschiedliche Ausprägung von Europäisierung aufweisen.
- Europäisierung geht auf nationaler und subnationaler Ebene mit einem Anpassungsdruck einher, der in seinem Ausmaß sowohl von den Anforderungen der EU-Ebene als auch von den innerstaatlichen Gegebenheiten auf der nationalen und der subnationalen Ebene abhängt.

74 Vgl. Radaelli 2003, S. 37-38.

75 Vgl. Risse, Thomas/Cowles, Maria Green/Caporaso, James 2001: Europeanization and Domestic Change: Introduction. In: Cowles, Maria Green/Caporaso, James/Risse, Thomas (Hrsg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca, S. 1-20 und Beichelt 2009, S. 23-42.

76 Beichelt 2009, S. 24.

77 Vgl. Beichelt 2009, S. 42.



<http://www.springer.com/978-3-658-07084-7>

Die Europäisierung der Energie- und Klimaschutzpolitik
Nordrhein-Westfalens

Die Regierungszeit von CDU/FDP von 2005 bis 2010

Wiegand, S.

2015, XVI, 224 S. 9 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07084-7